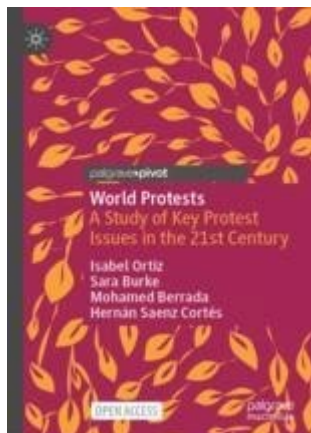


# Weltproteste: ein Überblick über die wichtigsten Protestthemen im 21. Jahrhundert

Von Isabel Ortiz, Sara Burke, Mohamed Berrada und Hernán Saenz Cortés<sup>1</sup>



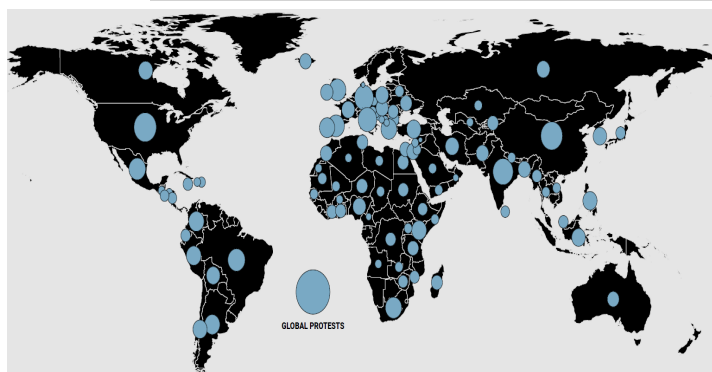
Das Buch [Weltproteste: Eine Untersuchung der wichtigsten Protestthemen im 21. Jahrhundert](https://worldprotests.org/) (Palgrave Macmillan, 2022) nimmt 2809 Proteste unter die Lupe, die zwischen 2006 und 2020 in 101 Ländern stattfanden und damit mehr als 93 Prozent der Weltbevölkerung betrafen.<sup>2</sup> Im Fokus stehen dabei: (i) große Missstände, die weltweit zu Protesten geführt haben, (ii) die jeweiligen Akteur\_innen, (iii) und die von ihnen angewandten Protestmethoden, (iv) die Gegner\_innen der Protestierenden, (v) die Erfolge der Proteste, (vi) Repressionen wie Verhaftungen, Verletzungen und resultierende Todesfälle, sowie (vii) Trends wie das Erstarken der Frauenbewegung, die Zunahme von Protesten der radikalen Rechten sowie der Arabische Frühling und ähnliche Bestrebungen in Lateinamerika. Der Anhang bietet einen Überblick über 250 gewaltfreie Protestmethoden. Diese Untersuchung zeigt, dass die politische Instabilität weltweit im selben Maß zunimmt wie die Ungleichheit. Die Forderungen, die bei Protesten weltweit zu hören sind, haben vieles gemeinsam. Die meisten Forderungen stehen vollständig im Einklang mit den Menschenrechten und den

international vereinbarten Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Das Buch ist als Aufforderung an die politischen Entscheider\_innen zu verstehen, den Protestierenden zuzuhören und deren Forderungen – ganz gleich ob sie klar benannt werden oder sich in Frust oder gar durch Gewalt ausdrücken – nicht ungehört verhallen zu lassen.

In den letzten Jahren kam es in verschiedenen Teilen der Welt zu großen Protesten, vom Arabischen Frühling bis zu den Gelbwesten, von der Occupy-Bewegung bis zu den sozialen Unruhen in Chile und anderen Teilen Lateinamerikas. Schon immer gab es Phasen in der Geschichte, in denen eine große Zahl von Menschen gegen den Status quo rebelliert und einen Wandel eingefordert hat, beispielsweise 1848, 1917 und 1968. Auch unsere Zeit ist von zunehmender Entrüstung und Unzufriedenheit geprägt, und wir sind Zeitzeug\_innen einiger der größten Proteste in der Weltgeschichte.

Zwischen 2006 und 2020 ist die Zahl der Proteste weltweit Jahr für Jahr beständig angestiegen. Der erste sprunghafte Anstieg war 2007/2008 zu verzeichnen, als die Finanzkrise um sich griff. Nach 2010 nahmen die Demonstrationen infolge von Sparmaßnahmen und Reformen weltweit zu. 2012/2013 erreichte die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit dann einen vorläufigen Gipfel: Das Gefühl, dass keine echte Demokratie herrscht und politisch

Weltproteste 2006–2020 <https://worldprotests.org/>

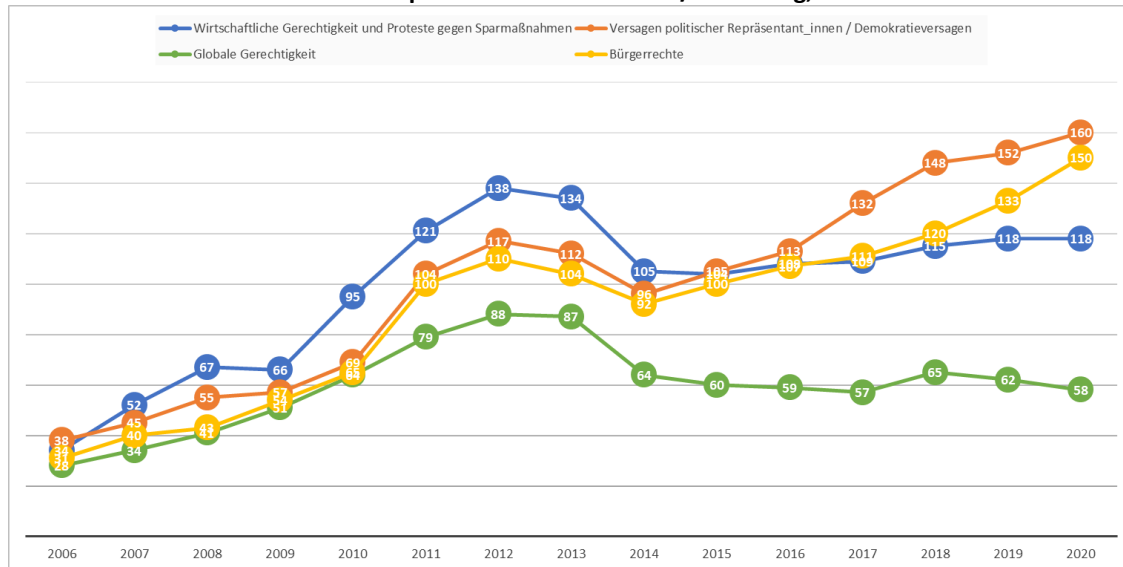


<sup>1</sup>Isabel Ortiz leitet das Global Social Justice Program der in New York ansässigen Initiative for Policy Dialogue, Sara Burke ist Senior Policy Analyst im New Yorker Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mohamed Berrada ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitet als unabhängiger Berater in Casablanca und Hernán Saenz Cortés ist als Analyst für internationale Beziehungen in Brüssel tätig.

<sup>2</sup> Grundlage der Untersuchung sind Daten aus Online-Nachrichten der letzten 15 Jahre, hauptsächlich in den sechs Sprachen Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch. Siehe Projekt-Website: <https://worldprotests.org/>

Verantwortliche ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürger\_innen nicht in ausreichendem Maß nachkommen, trieb viele auf die Straße. Seit 2016 ist eine weitere Eskalation zu beobachten, wobei Demonstrationen inzwischen häufig Proteste darstellen, die sich gegen verschiedene Missstände richten, die im politischen und wirtschaftlichen System wahrgenommen werden. Weltweit zeigen Umfragen, dass viele mit dem demokratischen System, in dem sie leben, unzufrieden sind und kein Vertrauen in ihre Regierung haben. Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus herrscht große Ungleichheit, die unteren und mittleren Gesellschaftsschichten haben an Einkommen und Wohlstand eingebüßt. Übrig geblieben ist das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, Enttäuschung über das Versagen demokratischer Institutionen und Frust aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Mit dem Beginn der Coronavirus-Pandemie Anfang 2020 nahmen soziale Unruhen dann weiter zu.

### Zunahme der Weltproteste nach Missstand/Forderung, 2006–2020




Quelle: Ortiz, Burke, Berrada und Saenz Cortes, 2022: [World Protests: A Study of Key Protest Issues in the 21st Century](#)

Die Zahl der Proteste hat in allen Regionen der Welt zugenommen, wobei die Untersuchung zeigt, dass es in Ländern mit mittlerem (1327 Protestereignisse) und hohem Einkommen (1122 Protestereignisse) sehr viel häufiger zu Protesten kam als in Ländern mit niedrigem Einkommen (121 Protestereignisse). Interessanterweise ist im Zeitraum 2006–2020 eine Zunahme an globalen, über verschiedene Regionen hinweg organisierten Protesten zu verzeichnen (239 Protestereignisse).

Hierbei handelte es sich nicht um unorganisierte Zusammentreffen, die zufällig in Proteste ausarteten. Im Gegenteil, die Mehrheit der Proteste weltweit war geplant und ging mit klar formulierten Forderungen einher. Am häufigsten gaben Unzufriedenheit und Empörung in Verbindung mit folgenden Themen Anlass für Demonstrationen:

- **Versagen politischer Repräsentant\_innen / Demokratieversagen:** 1503 Proteste standen in Zusammenhang mit fehlender echter Demokratie, Korruption, einer ungerechten Behandlung seitens des Rechtssystems, Souveränitäts- und Patriotismusfragen, Transparenz und Rechenschaftspflicht, einer Wahrnehmung der Regierung als „Staat im Staate“ (auch als „Deep Government“ bekannt) oder als Oligarchie, einer Antikriegs- oder gegen den militärisch-industriellen Komplex gerichteten Bewegung, der Überwachung der Bürgerschaft sowie Antisozialismus und Antikommunismus.
- **Wirtschaftliche Gerechtigkeit und Proteste gegen Sparmaßnahmen:** Bei 1484 Protesten ging es um Arbeitsplätze, Löhne bzw. Gehälter und/oder Arbeitsbedingungen, Reformen im öffentlichen Dienst, den Einfluss von Unternehmen, Deregulierung und Privatisierung, Ungleichheit und Steuer- sowie Finanzgerechtigkeit, niedrige Lebensstandards, Agrar-/Landreformen, hohe Kraftstoff- und Energiepreise, Rentenreformen, das Wohnungswesen oder hohe Lebensmittelpreise.

- 
- 
- **Bürgerrechte:** 1360 Proteste drehten sich um die Rechte ethnischer/indigener Gruppen und Rassismus, Rechte an globalen öffentlichen Gütern (digitalen Inhalten, Land, Kultur, Atmosphäre), die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, die Rechte von Mädchen und Frauen, Arbeitsrechte, LGBT- und sexuelle Rechte, die Rechte von Zugewanderten, persönliche Freiheiten, die Rechte von Gefangenen oder religiöse Themen. In diese Kategorie wurden auch Proteste der radikalen Rechten eingeordnet, die darauf abzielten, einer bestimmten Gruppe (bzw. Minderheit) Rechte/Gleichbehandlung zu verwehren.
  - **Globale Gerechtigkeit:** 897 Proteste standen im Zeichen der Umwelt- und Klimagerechtigkeit, richteten sich gegen den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Europäische Union / Europäische Zentralbank, Imperialismus (die Vereinigten Staaten oder China), Freihandel oder die G20 oder galten der Verteidigung globaler öffentlicher Güter.

Sieht man sich die Profile der Demonstrierenden an, kommt ein facettenreiches Bild zum Vorschein: In den meisten Ländern beteiligten sich neben den üblichen Verdächtigen (Aktivist\_innen, gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften) Angehörige der Mittelschicht, Frauen, Studierende und Jugendliche, Rentner\_innen, Vertreter\_innen verschiedener indigener und ethnischer Gruppen sowie Mitglieder von Graswurzelbewegungen aktiv an Protesten. Hierbei handelt es sich um „Normalbürger\_innen“, die sich nicht selbst als Aktivist\_innen verstehen, die aber desillusioniert sind und ihrer Unzufriedenheit mit offiziellen Verfahren, politischen Parteien und anderen, gemeinsam mit politischen Akteuren Ausdruck verleihen möchten. Dass nun auch massenweise Angehörige der Mittelschicht mitmischen, ist ein Indikator für eine neue Dynamik: In vielen Ländern hat sich die zuvor bestehende Solidarität der Mittelschicht mit den Eliten aufgelöst, das Vertrauen ist verschwunden und es herrscht das Gefühl vor, dass sich das bestehende Wirtschaftssystem für die, die zwischen der Ober- und der Unterschicht angesiedelt sind, nicht auszahlt.

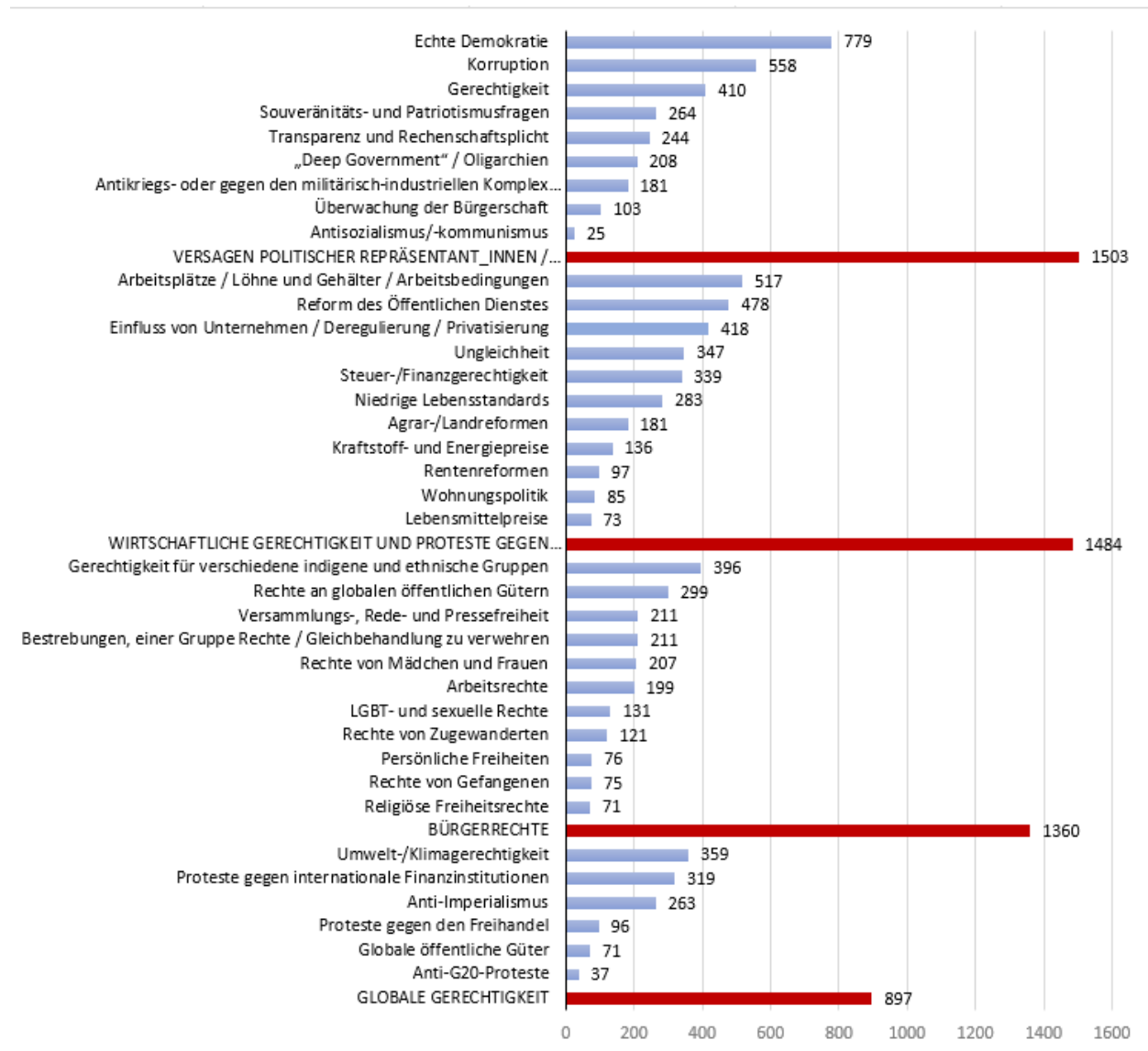
Doch nicht nur die Zahl der Proteste, auch die Zahl der Protestierenden hat zugenommen. Schätzungen zu Teilnahmezahlen zufolge waren bei mindestens 52 Protestereignissen mindestens eine Million Menschen auf den Straßen. Zwischen 2006 und 2020 kam es zu einigen der größten Proteste in der Geschichte der Menschheit und 2020 sogar zum größten bisher erfassten Ereignis, als sich in Indien schätzungsweise 250 Millionen Menschen an einem Streik beteiligten, der gegen die Pläne der Regierung gerichtet war, den indischen Agrarmarkt sowie den Arbeitsmarkt in diesem Bereich zu liberalisieren. Der überwiegende Teil der Proteste in diesem Zeitraum stand in Zusammenhang mit progressiven Themen wie mehr und bessere Arbeitsplätze sowie Löhne, Gehälter und Renten, Investitionen in Gesundheit, Bildung und den öffentlichen Dienst, den Schutz von Landwirt\_innen, Aktionen gegen den Klimawandel und Rassismus, Rechte von Frauen sowie Bürgerrechte und Kampf gegen Sparmaßnahmen, Korruption und Ungleichheit. Eine Reihe von Protesten wurde jedoch auch von Gruppen radikaler Rechter angeführt, wie beispielsweise die QAnon-Proteste, die 2020 in den Vereinigten Staaten und weltweit stattfanden, Demonstrationen gegen Muslim\_innen, Migrant\_innen und Geflüchtete in Deutschland oder auch die Proteste gegen die Arbeiterpartei in Brasilien in den Jahren 2013 und 2015.

Bei den untersuchten Protesten kamen viele verschiedene Methoden zum Einsatz und 250 davon, die dem gewaltfreien Protest zugeordnet werden können, werden im Anhang des Buches präsentiert. Die von Sharp 1973 formulierten „198 Methods of Nonviolent Action“ werden damit aktualisiert. Unsere Analyse zeigt, dass Märsche und Protestversammlungen (oder Kundgebungen), Blockaden, Streiks und Besetzungen sowie Internet-Aktivismus zu den gängigsten Protestmethoden gehören. In den Zeitraum 2006–2020 fallen auch die Anfänge einer neuen Form von zivilem Ungehorsam / direkten Aktionen, beispielsweise von Computer-Hackern und Whistleblowern, die große Mengen an Daten von Regierungen und Unternehmen „leakten“, und Anwält\_innen, die vor Gericht zogen, um gesellschaftliche und ökologische Fortschritte zu erstreiten. Entgegen der Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit kam es nur bei insgesamt 20 Prozent der Unruhen und Protesten zu Gewalt, Vandalismus oder Plünderungen. Bei 5 Prozent – also einem kleinen Anteil – wurden drastische Methoden angewendet, wie Hungerstreiks und Selbstverletzungen (Selbstverstümmelung, beispielsweise in Form des Zunähens der eigenen Lippen).

Doch gegen wen richteten sich die Proteste? Am weitaus häufigsten richten sich Proteste gegen die jeweilige nationale Regierung, die von Rechts wegen für die Politikgestaltung zuständig und als solche gegenüber der Bürgerschaft rechenschaftspflichtig ist. Nahezu 80 Prozent aller Protestierenden forderten, dass die verantwortlichen Regierungen ökonomische, soziale und umweltbezogene Vorgaben beschließen, die allen nutzen

und nicht nur einigen Wenigen. Des Weiteren stellten sich die Demonstrierenden gegen Systeme/Institutionen, die ihrer Wahrnehmung nach wenig mit ihnen zu tun haben und keiner gebührenden Rechenschaftspflicht unterstehen, wie das jeweilige politische und wirtschaftliche System (30 Prozent), Unternehmen/Arbeitgeber (23 Prozent), die Europäische Union / Europäische Zentralbank (16 Prozent), die Eliten (14 Prozent), politische Parteien/Gruppen (14 Prozent), das Militär / die Polizei (14 Prozent), der Internationale Währungsfonds (10 Prozent – und die Weltbank mit 1 Prozent), der Finanzsektor (9 Prozent), der Freihandel (3 Prozent), die G20 (fast 3 Prozent) sowie die Vereinigten Staaten (6 Prozent) und der Imperialismus Chinas (3 Prozent).

### Zahl der Proteste nach Missstand/Forderung, 2006–2020



Quelle: Vom Verfassersteam durchgeführte Analyse von Weltprotesten im Zeitraum 2006–2020 auf Grundlage von Medienquellen, siehe: <https://worldprotests.org/>

Was haben die Protestierenden bisher erreicht? Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Grundrechte sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene auch das Ergebnis von Protesten waren. Unserer Analyse zufolge haben sich 42 Prozent der untersuchten Proteste nachweislich auf die eine oder andere Art ausgezahlt, in der Regel wurde ein Teilerfolg erzielt. Erfolg stellt sich jedoch in den seltensten Fällen nach einem einzigen Protestereignis ein, sondern ist vielmehr das Ergebnis jahrelanger Proteste, bei denen beständig derselbe Missstand angeprangert wird und immer wieder dieselben Forderungen vorgetragen werden. Kleinere Veränderungen sind nicht unbedingt als negativ zu werten, denn viele Proteste, die mit langfristigen strukturellen Themen befasst sind, können im Lauf der Zeit Früchte tragen. Inkrementelle oder kurzfristige Fortschritte können einen umfassenderen Wandel einleiten. Wenn konkrete Forderungen bestehen (z. B. nach mehr Lohn/Gehalt, der Wiedereinführung staatlicher Beihilfen, beispielsweise für Lebensmittel und Kraftstoff, oder dem Stopp des Baus von Infrastrukturen), sind die Erfolgchancen größer als bei Protesten, die auf strukturelle Veränderungen abzielen. Je stärker strukturbezogen die Thematik (Ungleichheit, Freihandel, Imperialismus etc.) und je größer die Distanz zwischen dem eigenen Leben und der gegnerischen Seite (G20, Finanzsektor, Internationaler Währungsfonds, militärische Bündnisse etc.), desto geringer die Erfolgsquote. Aussichtsreicher sind Proteste, die sich gegen staatliche Stellen (auf nationaler Ebene und vor Ort), religiöse Autoritäten, Arbeitgeber und lokale Unternehmen richten.

Bei mehr als 60 Prozent der analysierten Protestereignisse wurden Repressionen in Form von Verhaftungen, Verletzungen und Tod durch staatlich organisierte Gewalt dokumentiert. Auch der Einsatz von Tränengas, Überwachungsmaßnahmen, auf Vergeltung abzielende Gesetze, Schikanen, Gerichtsverfahren, das Verschwinden oder Verschleppen von Menschen, Schusswunden, Folterungen, Internetzensur, Vertreibung und Deportation werden als repressive Maßnahmen aufgeführt. Mit 1000 bis 10.000 Verhaftungen pro Protestereignis kam es im Zeitraum 2006–2020 laut Medienberichten bei Demonstrationen in Hongkong (China), in Ägypten, in Frankreich, im Iran, im Vereinigten Königreich, in Russland, im Sudan, in Chile, in Malaysia, in Mexiko, in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in Kamerun am häufigsten zu Verhaftungen. Die meisten Verletzungen wurden im Zusammenhang mit Protesten in den Palästinensischen Autonomiegebieten, in Ägypten, in Chile, in Thailand, in Ecuador, im Libanon, in Algerien, in Ungarn und in Indonesien gemeldet. Todesfälle in Verbindung mit Protesten wurden am häufigsten in Kirgisistan, in Ägypten, in den Palästinensischen Autonomiegebieten, in Kenia, im Iran, in Äthiopien und im Sudan verzeichnet. Hier darf jedoch der Hinweis nicht fehlen, dass eine Reihe dieser Verletzungen und Todesfälle auf gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen protestierenden Gruppen zurückgehen dürfte, während Verhaftungen und Überwachungsmaßnahmen direkte Repressionen von Regierungsseite darstellen.

Seit einigen Jahren ist weltweit eine Verschiebung erkennbar: Die Zahl der antiautoritären Proteste von links wird von Demonstrationen in den Schatten gestellt, die von einem autoritären Grundton durchzogen werden und Menschen zusammenbringen, die weit rechts im politischen Spektrum angesiedelt sind. Proteste radikaler Rechter weisen einige Gemeinsamkeiten auf: Das politische System wird abgeurteilt, es werden Korruptionsvorwürfe geäußert und es wird insinuiert, dass sich dunkle Mächte in Form eines „Deep State“ gegen die Mittelschicht verschwören und ihr wirtschaftliche Sicherheit vorenthalten. Solchen Gedankenprofilen entspringen die QAnon-Bewegung und der Sturm auf das Kapitol in Washington sowie Verschwörungserzählungen zu „Machenschaften europäischer/ausländischer Mächte“, wie sie in Ungarn, in Polen, im Vereinigten Königreich und in der Türkei gesponnen werden. Der Zorn hinter diesen Protesten kann eine rationale Antwort auf das Wirken politischer Systeme sein, die schon seit vielen Jahren an den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen vorbeiregieren. Ihren erschreckendsten Ausdruck findet die aktuelle Welle des Populismus allerdings darin, dass Menschen auf die Straße gehen, um nicht nur Rechte für sich selbst einzufordern, sondern auch, um bestimmten Gruppen, wie beispielsweise Zugewanderten, die ihnen ihrer Ansicht nach ihre Arbeitsplätze streitig machen oder ihren Status bedrohen, Rechte und Gleichbehandlung zu verwehren. Beispiele hierfür sind PEGIDA (kurz für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in Deutschland, die Brexit-Bewegung im Vereinigten Königreich und verschiedene Gelbwestenproteste in Frankreich, Irland und Kanada. Weiterhin sind diese Proteste durch Forderungen nach Durchsetzung persönlicher Freiheitsrechte (z. B. des Rechts, eine Waffe zu tragen, keine Maske zu tragen, sich nicht in Quarantäne begeben zu müssen etc.), von Nationalismus und Patriotismus und vom Streben nach der Verbreitung traditioneller Werte gekennzeichnet. Beispielhaft zu nennen wären hier die „Kuhhüter“ im von Modi regierten Indien, der muslimische Nationalismus in der Türkei unter Erdogan und die konservativen Hardliner der Sicherheits-, Agrar- und Kirchenlobby („Beef, Bible and Bullets“) im brasilianischen Kongress, die zum Sturz der demokratisch gewählten Arbeiterpartei aufriefen. Viele Gruppen im In- und Ausland sind zudem darauf aus, Zwietracht zu säen

und Demokratien zu schwächen, indem sie Fehl- und Desinformationen in den sozialen Medien verbreiten, um so ihre eigenen Ziele voranzubringen.

Im Zeitraum 2006–2020 wurden Proteste also vielfach von politischen Gruppierungen dazu genutzt, an Macht zu gewinnen, wobei nicht selten auch zu Gewalt aufgerufen wurde. Um dem Populismus der radikalen Rechten entgegenzuwirken, müssen die Gesellschaften die Widersprüche in den Überzeugungen der Anhänger\_innen dieser Strömungen klar aufzeigen und so für alle sichtbar machen. Zudem gilt es, auf eine gerechte Wirtschaftspolitik hinzuarbeiten, um Ungleichheiten zu verringern und allen Chancen und ein besseres Leben zu ermöglichen. Solange nicht ernsthaft und umfassend gegen Polarisierung, Ungleichheiten sowie Fehl- und Desinformationen vorgegangen wird, kann der weltweite Trend hin zu autoritären, nationalistischen Bewegungen nicht umgekehrt werden.

Unsere Analyse zeigt einen Zusammenhang zwischen höheren Graden an Ungleichheit und Protesten in Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen auf. In Bezug auf Länder mit einem niedrigen Einkommen greift diese Beobachtung jedoch nicht. Um dies eingehender zu prüfen, haben wir zur weiteren Analyse der Proteste den Gini-Koeffizienten herangezogen, mit dem Ungleichverteilungen dargestellt werden. Das Ergebnis (nach Steuern und Sozialleistungen) zeigt, dass es in Ländern mit einer größeren Ungleichheit mehr Proteste gibt und umgekehrt in Ländern mit weniger Ungleichheit weniger protestiert wird. Die Datenanalyse zeigt zudem, dass der Prozentsatz der Menschen, die der Ansicht sind, dass die Regierungen nur zum Wohle einiger Weniger agieren, mit der Zahl der Proteste in den einzelnen Ländern korreliert.

Ein weiterer wichtiger Trend ist die zunehmende Bedeutung von Protesten im Kampf um die Rechte von Mädchen und Frauen sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene. Beispiele für den Kampf um Frauenrechte aus den letzten Jahren sind die weltweite #MeToo-Bewegung, die 2017 ihren Anfang nahm und ein Schlaglicht auf sexuelle Belästigung sowie ungleiche Verdienst- und Aufstiegschancen am Arbeitsplatz warf, die #NiUnaMas-Kampagne in Chile und in anderen spanischsprachigen Ländern seit 2018 sowie weitere Proteste in verschiedenen Ländern, darunter die Bestrebungen, in Saudi-Arabien das Wahlrecht und das Recht, ein Fahrzeug zu fahren, für Frauen einzuführen (2006–17), und die #BringBackOurGirls-Kampagne, mit der nach der Entführung nigerianischer Schülerinnen im Jahr 2014 um deren Freilassung gekämpft wurde.

Die politischen Vorgaben, die national und international erlassen werden müssen, um die Missstände zu adressieren, die in diesem Buch beschrieben werden, berühren praktisch jeden Aspekt der öffentlichen Ordnung, vom Arbeitsmarkt über den öffentlichen Dienst, die soziale Sicherung und verantwortungsvolles Regierungshandeln bis hin zur Korruptionsbekämpfung, zu einer gerechten Besteuerungspraxis und zu Bürgerrechten. Die Regierungen der Länder müssen den Protestierenden zuhören. Die meisten Forderungen, die gestellt werden, stehen vollständig im Einklang mit den Menschenrechten und den international vereinbarten Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Wenn politische Entscheidungsträger\_innen und andere führende Akteur\_innen den Botschaften der Protestierenden kein Gehör schenken und ihr Handeln nicht an deren wesentlichen Forderungen ausrichten, werden weiterhin immer mehr Menschen in allen Teilen der Welt auf die Straße gehen.

**Referenz:**

*World Protests: A Study of Key Protest Issues in the 21st Century*

Verfasst von: Ortiz, I., Burke, S., Berrada, M., Saenz Cortés, H.

Verlag: Palgrave Macmillan (2022)

ISBN 978-3-030-88513-7 / DOI 10.1007/978-3-030-88513-7

Open-Access-Buch – Download: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-88513-7>

**Link zur Begleit-Website:** <https://worldprotests.org/>